

Inhaltsverzeichnis

(aa) Analyse der Risiken von Investitionsobjekten.....	68
(bb) Bewertung unsicherer Investitionsprojekte.....	71
(cc) Zur Problematik einer "angemessenen" Bewertung unsicherer Pro- jektalternativen.....	79
(e) Unsicherheitsberücksichtigung durch flexible Investitionsplanung.....	81
(f) Beurteilung der Verfahren für Einzelentscheidungen bei mehrwertigen Erwartungen.....	97
3. Zur Vorteilhaftigkeitsbeurteilung mit Hilfe von Verfahren für Programmment- scheidungen.....	99
a) Deterministische Modelle für Programmmentscheidungen	99
(a) Die Ausgangsbasis der Programmmentscheidungsmodelle.....	99
(b) Der kapitaltheoretische Modelltyp.....	103
(c) Der produktionstheoretische Modelltyp.....	106
(d) Beurteilung deterministischer Verfahren für Programmmentscheidungen....	109
b) Programmmentscheidungen bei unsicheren Erwartungen.....	111
(a) Vorbemerkungen	111
(b) Sensitivitätsanalysen	112
(c) Stochastische Programmierung und Programmierung unter Wahrschein- lichkeitsnebenbedingungen.....	113
(d) Theorie der Portefeuille-Auswahl und simulative Bestimmung effizienter Investitionsprogramme	122
(aa) Theorie der Portefeuille-Auswahl.....	122
(bb) Simulative Bestimmung effizienter Investitionsprogramme.....	124
(e) Flexible Investitionsprogrammplanung	126
(f) Beurteilung der Verfahren für Programmmentscheidungen bei unsicheren Erwartungen	127
4. Die Eignung klassischer Investitionsrechnungsverfahren zur Fundierung von In- vestitionsentscheidungen öffentlicher Betriebe.....	129
II. Zur Beurteilung der Vorteilhaftigkeit von Investitionsprojekten öffentlicher Betrie- be mit Hilfe multikriterieller Verfahren	131
1. Vorbemerkungen.....	131
2. Die Kosten-Nutzen-Analyse	131
3. Entscheidungsfindung auf der Basis der multi-attributiven Nutzentheorie.....	140
(a) Grundkonzeption der multi-attributiven Nutzentheorie.....	140
(b) Multi-attributive Entscheidungsfindung mit Hilfe von Nutzwertanalysen	143
4. Die Kostenwirksamkeitsanalyse	154
5. Die Eignung multikriterieller Entscheidungshilfen zur Fundierung von Investi- tionsentscheidungen öffentlicher Betriebe	159

G. Zur methodisch kontrollierten Fundierung der Investitionsentscheidungen öffentlicher Betriebe: empirischer Befund und Empfehlungen zum rationalen Prozedere 164

Abkürzungsverzeichnis	174
Symbolverzeichnis	175
Abbildungsverzeichnis	178
Tabellenverzeichnis.....	179
Literaturverzeichnis.....	181
Rechtsquellenverzeichnis.....	198
Stichwortverzeichnis	199

A. Einführung

In allen Gesellschaften wurden und werden öffentliche Ziele verfolgt, die als solche öffentliche Aufgaben implizieren. So wird etwa in modernen Gesellschaften u.a. die Verfügbarkeit von Bildungs-, Ausbildungs- und Kulturangeboten, von Leistungen des Gesundheitswesens, von Maßnahmen des Umweltschutzes, der Sozialpolitik, der Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit als unverzichtbar angesehen. Für eine im Sinne dieser öffentlichen Aufgaben unabdingbare Güterversorgung stellt sich die Frage, ob diese zu marktgerechten, d.h. Angebot und Nachfrage zum Ausgleich bringenden Preisen möglich ist. Ist zu marktgerechten Preisen (im Sinne der Klassik¹ bzw. Neoklassik²) eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Gütern (im Sinne öffentlicher Aufgaben) möglich, so spricht nichts dagegen, diese Versorgungsaufgabe privaten Betrieben zu überlassen. Lediglich bei bestimmten Aufgabenbereichen wie z.B. Judikatur, Gesetzesvollzug (z.B. Gefängnisse), Landesverteidigung wird dabei der - eher staatsphilosophisch motivierte - Einwand zu beachten sein, derartiges gehöre als hoheitliche Aufgabe in die Hand des Staates.

Ist eine politisch gewollte Grundversorgung der Gesellschaft oder einzelner ihrer Gruppen zu marktgerechten Preisen nicht möglich, kommt eine Aufgabenerfüllung direkt durch öffentliche Betriebe (in Gestalt öffentlicher Verwaltungen oder Unternehmungen)³ in Betracht.

Wird die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe einer institutionalisierten Einzelwirtschaft übertragen, die zu diesem Zweck mit entsprechenden Dispositionsfreiräumen ausgestattet wird, dann müssen verbindliche Vorgaben eine angemessene Qualität der Aufgabenerfüllung gewährleisten. Es obliegt der Betriebswirtschaftslehre als zuständiger Fachdisziplin, Grundlagen bereitzustellen, anhand derer geeignete Standards der Leistungsqualität konkretisiert werden können und anhand derer die Einhaltung solcher Normen abgesichert werden kann. Erst auf der Basis leistungswirtschaftlicher Konkretisierungen können Effizienzzrangfolgen zwischen alternativen Organisationsformen zur einzelwirtschaftlichen Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe aufgestellt werden.

Im Vordergrund der folgenden Untersuchung stehen *öffentliche Betriebe* als eine der möglichen institutionellen Lösungen, um die einzelwirtschaftli-

¹ Vgl. vor allem *Smith*, *Wealth* 1776.

² Vgl. zu grundlegenden Aussagen der Neoklassik *Walras*, *Éléments* 1884, sowie zur Marktpreisbildung im Rahmen der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie u.a. *Arrow / Hahn*, *Analysis* 1971.

³ Vgl. *P. Eichhorn*, *Aufgaben* 1985, S. 27 ff.

che Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe zu organisieren. Die Überantwortung einer öffentlichen Aufgabe an einen öffentlichen Betrieb bedarf aus ordnungspolitischer Sicht ständiger Diskussion und Problematisierung, stellt sich aber für die Betriebswirtschaftslehre als ein durch Entscheidungen auf politischer Ebene konstituiertes (und auf diesem Wege auch wieder aufhebbares) *Datum* dar⁴. Hiervon ausgehend hat die Betriebswirtschaftslehre aufzuzeigen, wie die leistungswirtschaftlichen Voraussetzungen auf einzelwirtschaftlicher Ebene zur Erfüllung eines erteilten öffentlichen Auftrages geschaffen werden können. Von essentieller Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Frage, wie durch Investitions- und Desinvestitionsaktivitäten der Umfang und die Struktur der Potentialfaktoren öffentlicher Betriebe zielbewußt im Sinne wünschenswerter leistungswirtschaftlicher Optimalbedingungen gestaltet werden können.

Spezifikum der Investitionsaktivitäten öffentlicher Betriebe ist die Einbettung in eine Kette von Zweck-Mittel-Beziehungen, die von der Zwecksetzung eines (jenseits des Zuständigkeitsbereiches der Betriebswirtschaftslehre) auszuhandelnden und vorzugebenden öffentlichen Auftrags bis hin zu (mittelbezogenen) Detailfragen konkreter (Des)investitionsaktivitäten öffentlicher Betriebe reicht⁵. Wenn (Des)investitionsaktivitäten ein Mittel-Charakter im Hinblick auf den besonderen Auftrag öffentlicher Betriebe zukommt und wenn die entscheidungsverantwortlichen Funktionsträger öffentlicher Betriebe über Dispositionsfreiräume verfügen, die auch zu einer Verfehlung der vorgegebenen öffentlichen Zwecksetzung mißbraucht werden können, dann stellt die Frage, wie die vorhandenen investitionspolitischen Freiheitsgrade im Sinne einer adäquaten Erfüllung der vorgegebenen Aufgaben auszufüllen sind, ein zentrales betriebswirtschaftliches Forschungsanliegen dar, dem die folgende Erörterung verpflichtet ist. Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf der Auszeichnung geeigneter investitionsbezogener Entscheidungsmodelle liegen. Innerhalb des gesteckten Rahmens kann aufgrund des hohen Stellenwerts bedarfswirtschaftlicher Ziele für den hier untersuchungsrelevanten Betriebstyp nicht automatisch auf das vorhandene Basiswissen der betriebswirtschaftlichen Investitionsrechnung, -planung und -kontrolle, die sich am Paradigma der (primär Gewinnziele verfolgenden) erwerbswirtschaftlichen Betriebe orientieren⁶, rekurriert werden.

⁴ Vgl. im folgenden auch *Ossadnik*, *Steuerung* 1991, S. 18.

⁵ So bestehen Zweck-Mittel-Relationen zwischen einem gesellschaftlich und politisch vorgegebenen öffentlichen Auftrag und den als Mittel zu seiner Erfüllung fungierenden öffentlichen Betrieben, zwischen einer Auftragserfüllung durch diese Betriebe und der hierzu erforderlichen betrieblichen Leistungserstellung sowie zwischen dieser Leistungserstellung und dem Komplex der hierzu notwendigen betrieblichen Potentialfaktoren, deren Umfang und Struktur durch Desinvestitionsaktivitäten zweckbezogen zu gestalten ist.

⁶ Vgl. hierzu auch *Rückle*, *Investitionen* 1983, S. 462, 464.

Auf diesem Hintergrund werden im folgenden Abschnitt **B** zunächst mit dem Begriff des öffentlichen Betriebes und dem im weiteren zu verwendenden Investitionsbegriff terminologische Vorfragen geklärt, an die sich im Abschnitt **C** eine Systematisierung von Investitionen öffentlicher Betriebe anschließt. Im Hinblick auf die investitionspolitischen Freiheitsgrade öffentlicher Betriebe befaßt sich Abschnitt **D** mit den für öffentliche Betriebe einschlägigen Rationalitätsanforderungen an investitionsbezogene Wahlakte. Auf dieser Basis werden dann im Abschnitt **E** Fragen der Konzeptualisierung investitionsbezogener Entscheidungsprobleme zu diskutieren sein, die beim Versuch, diese Probleme modellgestützt zu bewältigen, auftreten. Der Abschnitt **F** ist dann einer ausführlichen Erörterung konkreter investitionsbezogener Entscheidungsmodelle gewidmet, wobei zwischen klassischen betriebswirtschaftlichen Investitionsrechnungsverfahren einerseits und multikriteriellen Entscheidungshilfen andererseits unterschieden wird. Im Resümee des Abschnitts **G** werden dann zunächst grundsätzliche Anforderungen an die investitionsbezogene Entscheidungsfindung öffentlicher Betriebe postuliert und mit einem empirischen Untersuchungsbefund konfrontiert. Die abschließenden Überlegungen dieses Abschnitts sind dann der Entwicklung spezifischer, auf unterschiedliche investitionsbezogene Entscheidungsproblemtypen öffentlicher Betriebe abstellender Verfahrensempfehlungen gewidmet.